

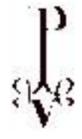
ALEXANDER CLARKSON

**DIE  
MACHT  
DER  
DIASPORA**

Die unbekannte Geschichte der  
Emigranten in Deutschland seit 1945

PROPYLÄEN

Alexander Clarkson  
DIE MACHT DER DIASPORA



*Propyläen wurde 1919 durch die Verlegerfamilie Ullstein als Verlag für hochwertige Editionen gegründet. Der Verlagsname geht zurück auf den monumentalen Torbau zum heiligen Bezirk der Athener Akropolis aus dem 5. Jh. v. Chr. Heute steht der Propyläen-Verlag für anspruchsvolle und fundierte Bücher aus Geschichte, Zeitgeschichte, Politik und Kultur.*

Alexander Clarkson

**DIE  
MACHT  
DER  
DIASPORA**

Die unbekannte  
Geschichte der Emigranten in  
Deutschland seit 1945

Aus dem Englischen von  
Michael Adrian und Heide Lutosch

Propyläen

*Für meine Mutter Irka und meine Tochter Romy*

## INHALT

### EINLEITUNG 7

Diasporageschichte als deutsche Geschichte

### 1. KAPITEL 33

Alte Reiche und neue Eliten –  
die türkische und die kurdische Diaspora

### 2. KAPITEL 89

Von der Rebellion zur Integration – die iranische Diaspora

### 3. KAPITEL 149

»Wir schaffen das« – die arabischen Diasporagruppen  
in Zeiten des Krieges und des Friedens

### 4. KAPITEL 211

Kampf der Identitäten: Kroaten, Serben, Bosnier, Mazedonier  
und warum es keine »jugoslawische« Diaspora gibt

### 5. KAPITEL 279

Schwierige Verbündete – die ukrainische Diaspora

### SCHLUSS 355

Diasporamacht und deutsche Identität

### DANKSAGUNG 365

### ANHANG

ANMERKUNGEN 369

BILDNACHWEIS 421

REGISTER 422



## EINLEITUNG

# Diasporageschichte als deutsche Geschichte

### Diaspora und Identität

Für jemanden wie mich, der ich in Deutschland aufwuchs, war die Frage so unausweichlich wie nervig. Es konnte in der Schule sein, auf einer Party oder mit Freunden in einer Kneipe. Ein Gespräch über ein unverfängliches Thema mit einem mir noch nicht bekannten Deutschen kam auf. Ob es eine nette Fachsimpelei über Fußballergebnisse oder eine politische Diskussion war, stets endete alles mit einem fragenden Blick, bei dem mir das Herz schwer wurde. Mein Gesprächspartner lehnte sich dann zurück und stellte die Frage, die so viele Menschen mit Migrationshintergrund zu fürchten gelernt haben:

»Wo kommst du eigentlich her?«

Mit einem Anflug von Verzweiflung pflegte ich darauf zu antworten:

»Aus Langenhagen bei Hannover.«

Und mit deprimierender Zwangsläufigkeit sah mich mein Gegenüber irritiert an und fragte:

»Nein, ich meine, wo du *eigentlich* herkommst?«

Einmal mehr wurde ich daran erinnert, dass es im Deutschland der 1990er-Jahre keine Frage der persönlichen Entscheidung war, zu bestimmen, wer man ist und woher man kommt.

## Eine alte Frage: Wer ist Deutscher?

Der Kampf um die Definition, wer Deutscher ist und wer nicht, ist so alt wie der Kampf um den Aufbau eines beständigen deutschen Nationalstaats. Jeder Ausgangspunkt für die Ausbildung des deutschen Nationalbewusstseins, den Historiker angesetzt haben, wirft seine eigenen spannungsreichen Fragen danach auf, wann sich unterschiedliche regionale, Klassen-, Geschlechts- und andere kulturelle Identitäten zu etwas vereinten, was wir heute als erkennbar deutsch betrachten würden. In jeder Gesellschaft ist Integration ein wechselseitiger Prozess, in dem die allmähliche Integration von Einwanderern in das kulturelle und politische Leben auch Rückwirkungen darauf hat, wie die alteingesessene Bevölkerung ihre eigene kollektive Identität versteht. Wenn wir sie als Geschichten über aufeinanderprallende ethnische, religiöse, regionale oder klassenspezifische Traditionen verstehen und uns diese Geschichten genauer ansehen, dann erscheinen die Konflikte und Kontroversen, die zur Herausbildung des heutigen Deutschlands geführt haben, weniger geradlinig als die Erzählungen, die wir aus Schulbüchern oder Fernsehdokumentationen kennen. Zu untersuchen, wie diese Migrations- und Integrationsprozesse die Politik und Identität der Bundesrepublik verändert haben, ist das zentrale Vorhaben des vorliegenden Buches.

Mögen manche auch an der Überzeugung festhalten, dass sich Vorstellungen von einer modernen deutschen Identität bereits in der Welt des Mittelalters finden lassen, so war das Heilige Römische Reich deutscher Nation doch ein Rechtsgebilde, das ein enormes Spektrum an Sprachgemeinschaften von Norditalien bis Flandern umfasste, deren Vorstellung von Zugehörigkeit den späteren, gefestigten Zügen der nationalen Identität und Volkszugehörigkeit nur vage entsprach. In der frühneuzeitlichen Welt eines Martin Luther oder Kaiser Karl V. überwog der konfessionelle Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten Unterschiede

der Sprache und Volkszugehörigkeit in einer Weise, die noch lange nach dem Ende der Religionskriege in Deutschland fort-dauern sollte. Derartige konfessionelle Unterschiede innerhalb der deutschen Gesellschaft erwiesen sich als so hartnäckig, dass sie noch bis tief ins 20. Jahrhundert hinein die Grundlage für das parteipolitische Leben bildeten.<sup>1</sup>

Die territoriale Ausdehnung Deutschlands blieb im Fluss, während die institutionellen Grundlagen des Heiligen Römischen Reiches erodierten, bis es schließlich 1806 auf Napoleons Geheiß aufgelöst wurde. Die Niederschlagung der demokratischen Revolution von 1848 und der Ausschluss Österreichs 1866 führten zu einer durch Otto von Bismarck geformten politischen Einheit, die nach außen stark wirkte, gesellschaftlich indessen zerbrechlich war. Das Deutsche Kaiserreich des späten 19. Jahrhunderts blieb von konfessionellen Spannungen zwischen Katholiken, Protestanten und Juden durchzogen; gleichzeitig nährten die Bemühungen zur Integration ethnischer Minderheiten wie der Polen im Osten ethnische Herausforderungen der staatlichen Autorität. Parallel dazu prägten die Herausbildung einer klassenbasierten Politik um den Aufstieg von Gewerkschaften und Sozialdemokratie sowie Spannungen zwischen verschiedenen Fürstentümern und regionalen Traditionen eine Gesellschaft, in der es ausgesprochen umstritten blieb, was es hieß, deutsch zu sein. Während der ganzen Zeit des Kaiserreiches hielt sich der Nord-Süd-Gegensatz («Bayern – Preußen») unverändert stark. Erst die kollektive nationale Begeisterung im August 1914 – »Nation« siegt über »Klasse« – überdeckte für eine gewisse Zeit die sozialen und regionalen Gegensätze. Es ist kein Zufall, dass separatistische Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg durchaus Zulauf hatten. Die Auseinandersetzung darüber, inwieweit eine kollektive deutsche Identität unterschiedliche kulturelle Traditionen umfassen konnte, spitzte sich mit der Entstehung der nationalsozialistischen Diktatur zu, stellte diese doch einen Versuch dar, die Vielfalt zugunsten einer natio-

nenalen Gemeinschaft («Volksgemeinschaft») auf der Grundlage einer abscheulichen Rassenhierarchie zu unterdrücken.

Die Bundesrepublik ist somit nur das jüngste Beispiel einer langen Geschichte deutscher Staaten, die darum ringen, die Notwendigkeit der Loyalität zu einer neuen Machtstruktur durch ein gemeinsames Identitätsgefühl mit einer von kultureller Vielfalt bestimmten sozialen Realität ins Gleichgewicht zu bringen. Unmittelbar vom Moment ihrer Bildung in den späten 1940er Jahren an mussten die Regierungen in West- wie Ost-Deutschland die politischen und kulturellen Auswirkungen massenhafter Wanderungsbewegungen bewältigen. Die ersten Wellen deutscher Vertriebener und osteuropäischer Heimatloser («Displaced Persons») in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs und der Beginn des Kalten Krieges pflügten die demografische Struktur nicht nur Deutschlands, sondern auch jeder anderen europäischen Gesellschaft um.<sup>2</sup> Im und nach dem Kalten Krieg folgten weitere Flüchtlingswellen, die ihre Spuren in jeder Stadt und jedem Dorf in Deutschland hinterlassen haben.

Auch der Zustrom von Arbeitsmigranten aus ganz Europa und dem Nahen Osten in der Nachkriegszeit hatte bleibende Auswirkungen auf die Gesellschaft. Der Arbeitskräftemangel infolge massiver Verluste an Menschenleben im Zweiten Weltkrieg führte zu Gastarbeiterabkommen mit Ländern wie Italien, der Türkei, Jugoslawien, Spanien, Griechenland und Algerien, denen es ihrerseits schwerfiel, genügend Arbeitsplätze für ihre Bevölkerungen zu schaffen. Die Gastarbeiterprogramme beruhten ursprünglich auf der Annahme, ein System befristeter Arbeitsgenehmigungen werde dafür sorgen, dass die Arbeitsmigranten schließlich in ihre Herkunftsländer zurückkehrten. Stattdessen führten sie dazu, dass sich Millionen von Menschen dauerhaft in der Bundesrepublik ansiedelten, ohne dass die Voraussetzungen dafür geschaffen worden wären. Obwohl sie sich abschätzig über die Behandlung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in der Bundesrepublik äu-

ßerte, legte die DDR selbst ein Vertragsarbeiterprogramm auf, um Arbeitskräfte aus Bruderstaaten des Sowjetblocks wie Angola, Kuba oder Vietnam ins Land zu holen, die sich dort ebenso dauerhaft niederließen wie die Gastarbeiter in West-Deutschland.

Diese ersten Wellen der Flüchtlings- und Arbeitsmigration stellten sich für Millionen Einwanderer als Beginn einer Anpassung an das Leben in Deutschland heraus, die bis auf den heutigen Tag andauert. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der deutschen Wiedervereinigung kam es neben den Millionen von Deutschen, die von der ehemaligen DDR in die BRD umzogen, zu weiteren Migrationsströmen, die spürbare Folgen für jede Region in Deutschland hatten. Ausgelöst durch verschiedene Konflikte in Europa und im Nahen Osten, brachte eine Reihe von Flüchtlingskrisen die deutschen staatlichen Institutionen oft an die Grenze ihrer Fähigkeit, massenhafte Wanderungsbewegungen von Menschen zu bewältigen.<sup>3</sup> Ob es die jugoslawischen Nachfolgekriege waren oder der Kurdenaufstand in der Türkei, solche Konflikte wirkten sich unmittelbar auf das politische und kulturelle Leben von Gemeinschaften in ganz Deutschland aus, die sich mit der Ankunft heimatloser traumatisierter Flüchtlinge konfrontiert sahen.

### Die Lebenslüge von der homogenen Gesellschaft

Obwohl die Massenbewegung von Menschen ein fester Bestandteil des Lebens in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg war, blieben die führenden politischen Parteien der Bundesrepublik wie auch die SED der Vorstellung verhaftet, sie regierten kulturell homogene Gesellschaften. Sowohl das westdeutsche Gastarbeiterprogramm als auch das ostdeutsche Vertragsarbeitersystem stellten Versuche dar, billige Arbeitskräfte zu finden, um einen vorüber-

gehenden Arbeitskräftemangel auszugleichen, ohne das ethnische oder demografische Gleichgewicht beider Gesellschaften zu verändern. Während beide deutschen Staaten Flüchtlinge und politische Exilanten nach Kriterien aufnahmen, in denen sich ihre jeweiligen ideologischen Weltanschauungen widerspiegelten, ging man in beiden Systemen zugleich von der Annahme aus, dass deren gesellschaftlicher Einfluss begrenzt bleiben würde. Obwohl sowohl die DDR als auch die BRD für sich in Anspruch nahmen, Teil eines größeren Bündnissystems zu sein, das auf rivalisierenden transnationalen Ideologien basierte, blieben beide Staaten ethno-linguistischen und rassistischen Annahmen über die Grundlagen deutscher Identität verhaftet, die auf die Zeit der Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert zurückgehen.<sup>4</sup>

Dieses Widerstreben, anzuerkennen, dass ein stetiger Migrationsstrom die kulturellen Grundlagen der deutschen Gesellschaft unweigerlich tangieren würde, zeigte sich daran, wie lange es dauerte, das Staatsangehörigkeitsrecht an die neuen sozialen Realitäten anzupassen. Trotz begrenzter Reformen im Jahr 1965 blieb es für jede Person ohne deutsche Abstammung ein mühsamer Prozess voller bürokratischer Hürden, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, obwohl seit Jahrzehnten klar war, dass die Flüchtlinge und Gastarbeiter bleiben würden. Nachdem jedoch die größten politischen Parteien krampfhaft an der Vorstellung festhielten, dass die Migration nur ein vorübergehender Prozess sei, vergingen weitere dreißig Jahre, bis große Teile der deutschen Gesellschaft den Wahrheitsgehalt von Max Frischs Stichelei akzeptierten: »Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.«<sup>5</sup>

Erst nach der Wiedervereinigung begann eine allmähliche Reform des Staatsangehörigkeitsrechts eine demografische Wirklichkeit abzubilden, in der Migranten oder Menschen migrantischer Abstammung zu einer dauerhaften Präsenz geworden waren. Obwohl sie sich 1991 durch erste Änderungen angekündigt hatten, markierten die Reformen des Zuwanderungs- und des Staatsan-

gehörigkeitsgesetzes durch die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder den Beginn einer allmählichen Öffnung des Zugangs zur deutschen Staatsangehörigkeit, die weniger auf der familiären Herkunft als vielmehr auf dem Geburtsort oder einem rechtlichen Verfahren beruht, das Menschen jeder Herkunft offensteht. Parallel dazu verwandelten die neu entstehenden Konzepte der europäischen Staatsbürgerschaft den rechtlichen Status von Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten und führten damit zu einer größeren Anerkennung der kulturellen Vielfalt, die seit Jahrzehnten Teil des deutschen Lebens war.<sup>6</sup>

Jeder Schritt zur Öffnung des Zugangs zur deutschen Staatsangehörigkeit wurde von einer ausgesprochen polarisierten Debatte begleitet. Erst auf regionaler und ab 2013 auch auf Bundesebene schürten rechtspopulistische Parteien wie die AfD einen einwanderungsfeindlichen Rassismus, der mit weitverbreiteten Ängsten vor sozialen Veränderungen spielte. Doch die migrationsfeindliche Rhetorik der Republikaner in den 1990er-Jahren oder der AfD-Bundestagsabgeordneten in den 2010er-Jahren lebte von einem zu engen Verständnis der nationalen Identität, das auch Rhetorik wie Politik vermeintlich gemäßigerer Politiker der CDU, FDP und zeitweilig sogar der SPD beeinflusste. Kontroversen wie die Debatte von 2010 über die migrationsfeindliche Rhetorik des früheren SPD-Politikers Thilo Sarrazin ließen erkennen, wie weit Einstellungen, die man mit der extremen Rechten assoziiert, ins Herz des deutschen Politikbetriebs vorgedrungen waren.<sup>7</sup>

## Deutschland - (k)ein Einwanderungsland?

1973 war es eine sozialdemokratische Regierung unter Willy Brandt, die beschloss, das Gastarbeiterprogramm zu beenden, weil sie befürchtete, dass die dauerhafte Ansiedlung von Migrant\*innen »tradi-

tionelle« Deutsche vom Arbeitsmarkt verdrängen könnte. In den folgenden Jahren gab es parteiübergreifende Diskussionen über die Frage, ob sich Deutschland zu einem »Einwanderungsland« entwickle, wobei manche CDU- oder SPD-Lokalpolitiker für eine stärkere Ausrichtung auf Integration plädierten, während andere Sozialdemokraten und Mitte-Rechts-Vertreter Maßnahmen befürworteten, um Gastarbeiterfamilien zum Weggang zu ermuntern.<sup>8</sup> Noch 1989 beharrte Bundeskanzler Helmut Kohl darauf: »Wir sind kein Einwanderungsland, und wir können es auch nicht werden!«<sup>9</sup> 1994 warnte er die Migranten gar davor, ihre Rolle als »Gäste« in der deutschen Gesellschaft auszunutzen.<sup>10</sup> Und wie die Plakataktion der CDU unter dem Motto »Kinder statt Inder« im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf von 2000 zeigt, wurde eine Rhetorik, die man heute mit der AfD verbindet, noch vor Kurzem als so salonfähig empfunden, dass sie von vermeintlich gemäßigten Politikern der rechten Mitte verwendet werden konnte.<sup>11</sup>

Der lange Kampf um die Frage, ob Deutschland wirklich ein Einwanderungsland sei, hatte tief greifende Auswirkungen darauf, wie die Themen der Migration und Integration im deutschen Mediendiskurs und in der Wissenschaft behandelt wurden. In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten beschränkte sich die Migrationsforschung auf ethnische deutsche Vertriebene, die aus nunmehr sowjetisch kontrollierten Gebieten geflohen waren. Oft mit dem Rückenwind sogenannter »Landsmannschaften« der Heimatvertriebenen konzentrierte sich diese Literatur zur ethnisch deutschen Migration in vielen Fällen darauf, historische Narrative zu speisen, die den deutschen Opferstatus betonten. Erst mit dem Aufkommen einer Generation von Historikern wie Mathias Beer<sup>12</sup> oder Pertti Ahonen<sup>13</sup> in den 1980er- und 1990er-Jahren, die einen größeren kritischen Abstand zu Gemeinschaftsmythologien hatten, versuchte die historische Forschung zu heimatvertriebenen Flüchtlingen allmählich, deren Erfahrung in den allgemeinen Kontext von Krieg und Migration in ganz Europa zu stellen.

Als relativ neuer Migrationsprozess, der sich von seinen Vorläufern vor 1945 dem Anschein nach unterschied, war die Gastarbeitermigration vor allem für Wissenschaftler von Bedeutung, die sich für die Arbeitsmarktökonomik interessierten.<sup>14</sup> Da sich Historiker wie Politiker auf die gesellschaftlichen Auswirkungen von Nationalsozialismus und Kaltem Krieg konzentrierten, wurde die zunehmende Präsenz von Migranten bis in die frühen 1970er-Jahre hinein im Wesentlichen als ein Randphänomen von allenfalls flüchtigem Interesse für das akademische Establishment der Bundesrepublik betrachtet. In der DDR wiederum verengten die ideologischen Einschränkungen des Lebens den Rahmen der Debatte über die neu entstehenden Einwanderer-Gemeinschaften, deren Anwesenheit vom SED-Regime immer als eine vorübergehende Form von Klassensolidarität dargestellt wurde.<sup>15</sup> Als sich die Spannungen zwischen den Generationen in den 1960er-Jahren in den Studentenrevolten entluden, fanden allgemeinere politische Sorgen über die wirtschaftlichen und politischen Aussichten junger Menschen weitaus größere Beachtung als die schnell wachsende Zahl von Einwanderern.

### Was tun, wenn sie bleiben?

Nachdem das Ende des Gastarbeitersystems deutlich gemacht hatte, dass es so etwas wie eine vorübergehende Migration nicht gibt, interessierte sich eine neue Generation von Wissenschaftlern und Journalisten für die Arbeitsmigranten und Flüchtlinge, die mitten unter ihnen lebten. Für Soziologen wie Stephen Castles<sup>16</sup> oder Thomas Faist<sup>17</sup> waren die aufstrebenden Migranten-Gemeinschaften, die in Westeuropa Fuß zu fassen versuchten, ein Produkt wirtschaftlicher Ungleichheiten infolge einer umfassenderen Krise des Kapitalismus. In einem politischen Umfeld, in dem weite Teile der westdeutschen Gesellschaft nicht bereit waren, die dauerhafte

Anwesenheit von Migranten zu akzeptieren, verwendete diese erste Welle der Migrationsforschung in Deutschland ihre Energie darauf, zu beweisen, dass die Einwanderer-Gemeinschaften ein bleibendes Phänomen darstellten. Gleichzeitig verorteten Historiker wie Ulrich Herbert<sup>18</sup> und Klaus Bade<sup>19</sup> die Migration nach 1945 im Kontext langfristiger Kontinuitäten wie dem Einsatz von Zwangsarbeitern im Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie der Arbeitsmigration zu Friedenszeiten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, im Zuge deren Arbeitskräfte aus Polen und anderen osteuropäischen Gesellschaften nach Deutschland kamen.

Auch wenn sich diese ersten Versuche in dem Nachweis erschöpften, dass die Migration ein dauerhaftes Phänomen und keine zeitweilige Anomalie war, erregte die Binnenentwicklung migrantischer Gemeinschaften allmählich größere Aufmerksamkeit. Forscher wie Hartmut GRIESE<sup>20</sup> oder Jochen GERSTENMAIER<sup>21</sup> beschäftigten sich damit, wie Bildung und andere Formen der Integration Kindern migrantischer Herkunft dabei helfen konnten, eingewurzelte Formen von Diskriminierung zu überwinden. Dem raschen Wachstum der türkischen und der kurdischen Gemeinschaft widmeten sich Wissenschaftlerinnen wie Faruk SEN<sup>22</sup> oder Ruth MANDEL,<sup>23</sup> die sich dafür interessierten, wie die kulturellen und religiösen Strukturen dieser Gruppen ihr Verhältnis sowohl zur deutschen Gesellschaft als auch zur Kultur ihres Herkunftslandes beeinflussten. Die endlosen Kämpfe um die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wurden zentral für die Arbeit von Politologinnen und Politologinnen wie Karen SCHÖNWÄLDER<sup>24</sup> und Simon GREEN,<sup>25</sup> deren Forschungen Einblick in die kulturellen und ideologischen Vorurteile verschafften, die verhinderten, dass die rasche Veränderung der deutschen Gesellschaft durch die Migration anerkannt wurde.

Zwar brachten diese Bemühungen weite Kreise der deutschen Gesellschaft dazu, die dauerhafte Präsenz der Migranten anzuerkennen, doch war ein nennenswerter Teil der akademischen

Forschung und öffentlichen Debatte bezeichnenderweise erst in den späten 1990er-Jahren dazu bereit, Migranten-Gemeinschaften als politische Akteure in den Blick zu nehmen, die über genügend Einfluss verfügten, um eine wesentliche Rolle in der deutschen Politik zu spielen. Zu einem Zeitpunkt, als Migranten-Organisationen zweifellos Wurzeln geschlagen hatten, stützten sich die Ansätze zur Untersuchung solcher politischen Strukturen zunehmend auf Konzepte der Diaspora, um ein funktionsfähiges Analysemodell zu erarbeiten. Für Wissenschaftlerinnen wie Eva Østergaard-Nielsen<sup>26</sup> oder Ertekin Özcan<sup>27</sup> wurde das schnelle Wachstum der türkischen Gemeinschaft zur grundlegenden Fallstudie für Forscher, die der Frage nachgingen, wie die Herausbildung des dynamischen und gelegentlich wilden politischen Lebens von Migranten-Gemeinschaften organisatorische Ebenen hervorbrachte, die die deutsche Staatspolitik zu beeinflussen vermochten.

Der tief verwurzelte Glaube von der extremen Rechten bis tief in Westdeutschlands linke Mitte, die meisten Migranten würden entweder wieder heimkehren oder sich assimilieren, bedeutete, dass solche Überlegungen darüber, wie klar definierte religiöse, ethnische und sprachliche Gemeinschaften die deutsche Politik beeinflussen konnten, lange Zeit die Ausnahme blieben. Erst nachdem die Erkenntnis zu dämmern begann, dass die Migranten nicht mehr weggehen würden, machten die Deutschen ihren Frieden mit der Möglichkeit, dass Gruppen, die man bald als Diasporas definierte, dauerhaften Einfluss erlangen würden. Doch während die Migranten nun nicht mehr gefragt wurden, ob sie »hierbleiben würden«, bewirkte die Einführung der Terminologie der Diaspora zur Definition ihrer Identität, dass der Fragekomplex »woher kommst du?« für die Menschen aus diesen Gemeinschaften so nervenaufreibend blieb wie eh und je.

## Was ist »Diaspora«?

Um zu verstehen, warum das aufkeimende Interesse an Diasporas die Diskussionen über die Auswirkungen der Migration ebenso verkomplizieren wie klären konnte, müssen wir einen Blick darauf werfen, wie dieser Begriff in der wissenschaftlichen Forschung definiert worden ist. Wie so viele Begriffe rund um die Migration, die im öffentlichen Diskurs herumgereicht werden, unterscheidet sich auch dieser oft mit der Perspektive und den Zielen derjenigen, die ihn im Munde führen. Die Art und Weise, wie Diasporabegriffe verwendet werden und welchen Rahmen sie der Diskussion verleihen, kann je nach Kontext die Grundlage für ein besseres Verständnis der Folgen von Migration für die deutsche Gesellschaft schaffen oder missbräuchlich dazu dienen, Ängste und Feindseligkeit gegenüber sozialen Veränderungen zu schüren, die eine massenhafte Bewegung von Menschen unweigerlich mit sich bringt.

Die sprachlichen Ursprünge des Begriffs Diaspora gehen auf altgriechische Wörter für Zerstreuung oder Ausbreitung zurück, die im Lauf der Zeit mit der Erfahrung der jüdischen Gemeinschaften im spätrömischen und mittelalterlichen Europa und im Nahen Osten assoziiert wurden.<sup>28</sup> Als es darum ging, die Erfahrungswelt jüngerer Formen von Migration zu beschreiben, fand er jedoch Mitte des 20. Jahrhunderts breite Verwendung in migrantischen Milieus und ging im Laufe der 1970er-Jahre in die wissenschaftliche Forschung und die politische Debatte ein. Noch als der Ausdruck in den 1990er-Jahren durch die Arbeiten von Migrationsforschern wie Alain Médam<sup>29</sup> und Robin Cohen<sup>30</sup> im wissenschaftlichen Diskurs allgegenwärtig wurde, blieb seine theoretische Konzeptualisierung dünn. Für manche Forscherinnen, die den Einfluss der Migration auf das internationale Staatensystem untersuchen, so etwa Mark Miller<sup>31</sup> oder Yasemin Soysal,<sup>32</sup> standen die Widerstandsfähigkeit und Organisationsmacht von

Diaspora sogar potenziell für das Aufkommen neuer Formen globaler Staatsbürgerschaft. Systematischere Definitionen durch Anthropologen wie William Safran<sup>33</sup> und James Clifford<sup>34</sup> begriffen Diasporas als transnationale Netzwerke, die auf der Grundlage konkreter Kontakte sowie einer geteilten, im organisatorischen Leben einer Gemeinschaft reproduzierten historischen Erzählung Verbindungen zu einem vermeintlichen Heimatland aufrechterhalten.

Als sich dieser konzeptuelle Rahmen zum Feld der Diasporaforschung bzw. Diasporastudien weiterentwickelte, fassten Migrationstheoretiker wie Rogers Brubaker Diaspora als einen variablen Begriff auf, der im Zuge der Übernahme durch ein bestimmtes migrantisches Milieu seine eigenen Mythen, Symbole und kulturellen Erwartungen hervorbringt, weil es weit verbreitete Annahmen über die Formen von sozialer Praxis gibt, die eine Gruppe benötigt, um Anerkennung als diasporische Gemeinschaft zu finden.<sup>35</sup> Diese Betonung der Diaspora als eines kulturellen Prozesses schärfte das Bewusstsein dafür, in welchem Maße die von bereits etablierten Diasporagemeinschaften entwickelten Symbole und Praktiken Einfluss darauf nehmen, wie eine noch im Entstehen begriffene Diaspora ihre Identitätsnarrative und ihr Organisationsleben hervorbringt. In Deutschland entwickelten die wegweisenden Arbeiten von Ruth Mayer<sup>36</sup> und Matthias Krings<sup>37</sup> diese Einsichten weiter, indem sie untersuchten, wie unterschiedliche Diasporawelten – etwa die seit Langem bestehenden jüdischen Gemeinschaften, panafrikanische Identitäten und transnationale Netzwerke ethnisch chinesischer Milieus – gemeinsame historische Erinnerungen und symbolische Praktiken ausgebildet und damit Globalisierungsprozesse entscheidend geprägt haben.

Diese Versuche, die Diaspora auf den Begriff zu bringen, waren das Ergebnis lebhafter Debatten, in denen sich oftmals tief greifende Differenzen zwischen Wissenschaftlerinnen unterschied-

licher intellektueller und fachlicher Traditionen zeigten. Aus diesen verschiedenen Ansätzen können wir jedoch entscheidende Einsichten darüber ziehen, wie sich Diasporagemeinschaften in der Bundesrepublik gebildet haben und wie sie dazu beitrugen, die deutsche Politik und Kultur zu beeinflussen. Es gibt drei zentrale Faktoren, über die sich die divergierenden theoretischen Perspektiven in der Regel einig sind und die uns helfen können, herauszufinden, wie bestimmte Migrantengemeinschaften ihre eigene diasporische Identität in einer Weise entwickelt haben, die auch die Entwicklung der deutschen Politik und Identität auf Dauer beeinflusst.

### Wie entwickelt sich eine Diasporaidentität?

Der erste dieser Faktoren ist die Selbstidentifizierung. Damit sich eine Diasporagemeinschaft bilden kann, müssen sich ihre Mitglieder aktiv für Formen der historischen Erinnerung, für Symbole und kollektive Praktiken entscheiden, die die Übernahme einer gemeinsamen Form von ethnolinguistischer Identität anzeigen. Nicht jede Person mit einem bestimmten kulturellen Hintergrund wird sich automatisch mit der diasporischen Gemeinschaft identifizieren, die auf diesem Hintergrund basiert. Es besteht immer eine ziemlich große Variationsbreite, wie sich individuelle Handlungsfähigkeit und Wahlmöglichkeiten in der völligen oder teilweisen Übernahme einer Diasporaidentität durch Menschen mit Migrationshintergrund ausdrücken. Diasporagemeinschaften können auch starke ideologische Differenzen in der Frage aufweisen, wie die kulturellen Werte einer solchen geteilten Identität in die Praxis umgesetzt werden sollten und inwieweit ein solches Wertesystem das Verhältnis zum Staat sowohl im Herkunfts- als auch im Niederlassungsland beeinflussen sollte.

Damit eine Diaspora jedoch Gestalt annehmen kann, muss

eine kritische Zahl von Menschen eine Kombination positiver Anreize und negativen Drucks erlebt haben, die sie dazu ermuntert, sich für eine kollektive Identität zu entscheiden. Ob eine Diaspora auf Dauer Bestand hat, hängt stark davon ab, inwieweit ihre gemeinsamen Praktiken und ihr organisatorisches Leben denen, die sie sich zu eigen machen, konkreten Nutzen bringen. Der Nutzen kann emotional im Sinne eines starken Zugehörigkeitsgefühls durch gemeinsame Erfahrungen mit Familie, Verwandtschaft und größeren Freundesgruppen sein. Positive Anreize können sich auch daraus ergeben, dass solche Formen der Solidarität in handfeste geschäftliche oder berufliche Vorteile umgemünzt werden, wie sie durch Vertrauensverhältnisse entstehen, die die Akkumulation von finanziellem oder politischem Kapital ermöglichen. Diese Dynamiken können durch den Gegendruck staatlicher Einrichtungen oder sozialer Akteure in den Niederlassungsländern verstärkt werden, die Migranten aktiv von wirtschaftlichen oder politischen Möglichkeiten ausschließen und sie zwingen, auf Diasporagemeinschaften zurückzugreifen, in denen sie akzeptiert werden.

Zweitens müssen Gemeinschaften, um eine dauerhafte Form von Diasporaidentität zu entwickeln, an einem bestimmten Maß an Kontakt zu oder Auseinandersetzung mit einem bestimmten Herkunftsort festhalten, dessen Geschichte und Kultur die Grundlagen für die Narrative kollektiver Identität bilden. Ein Heimatland, das die kulturellen Bausteine für eine Diasporaidentität liefert, kann auch ein Nationalstaat sein, zu dem die Migranten eine bestimmte ideologische und institutionelle Beziehung haben. Ein starkes Gefühl der Bindung an einen Herkunftsort kann durch regelmäßige Reisen dorthin aufgebaut werden, aber auch im Bereich dessen verbleiben, was Benedict Anderson als »vorgestellte Gemeinschaft« bezeichnet hat. Deren Solidarität lässt sich durch das Engagement für das organisatorische Leben der Diaspora oder den Konsum von Medien und Literatur aufrechterhal-

ten, die sich auf spezifische Weise von denen des Niederlassungslands abheben.

Das Organisationsleben einer Diasporagemeinschaft ist um ein bestimmtes Verhältnis zum Staat oder zu den kulturellen Institutionen eines Herkunftslands strukturiert, ob dieses Verhältnis nun ein gedeihliches oder ein feindseliges ist. In vielen Fällen jedoch kann der Staat, der die Herkunftsstädte und -regionen der Migranten regiert, in einer anderen oder sogar aktiv feindlichen Form von Identität verankert sein, die das für die Selbstwahrnehmung der Diaspora entscheidende historische Narrativ ablehnt oder leugnet. Unter diesen Umständen kann das transnationale Organisationsleben einer Diaspora zu einem Raum werden, in dem sich politische Aktivitäten entwickeln, die im Herkunftsland unmöglich wären. Dann kommt Diasporaorganisationen eine zentrale Rolle für den Erhalt umfassenderer ethnolinguistischer oder religiöser Traditionen zu.

Und drittens müssen Migranten, um zu einer Diasporagemeinschaft zu werden, in der Lage sein, transnationale Verbindungen aufrechtzuerhalten, die Grenzen und Niederlassungsländer überschreiten. Eine Diaspora definiert sich durch die individuelle Anstrengung und das kollektive organisatorische Bemühen, eine spezifische ethnolinguistische Tradition jenseits der staatlichen, regionalen oder sprachlichen Grenzen eines Herkunftsorts zu bewahren. Die Erfahrung des Grenzübertritts von einem Raum, in dem das historische Gedächtnis und die kulturelle Praxis einer bestimmten Identität Gestalt angenommen haben, in einen Raum, in dem diese mit anderen, den Staat prägenden Formen von Identität interagieren muss, erzeugt die Formen von Positionalität, die entscheidend dafür sind, wie Gemeinschaften die besondere Perspektive einer Diaspora ausbilden.

Die zentrale Bedeutung von Grenzen für die Definition von Diasporaidentitäten schlägt sich auch in dem paradoxen Sachverhalt nieder, dass ethnolinguistische Traditionen, die von auf-

strebenden Formen nationaler Identität zehren, transnationale Strukturen ausbilden und damit die nationalstaatliche Grenzen überschreiten. Dabei betten Diasporapraktiken und -Institutionen nationale Identitäten ebenso sehr ein, wie sie auch Grenzen verwischen, deren Schutz für nationalistische Ideologien wesentlich ist. Der Umstand, dass Grenzen für die Diasporaidentität sowohl elementar sind als auch durch die transnationalen Strukturen, die Diasporas hervorbringen, umgangen oder sogar untergraben werden, ist eine Dynamik, die das Verhältnis der Diaspora zu den staatlichen Institutionen von Niederlassungsländern wie Herkunftsländern prägt.

Die Entwicklung solcher Diasporagemeinschaften hat die Auswirkungen der Migration auf die deutsche Gesellschaft seit 1945 geprägt. Ob durch Flüchtlings- oder Gastarbeitermigration, umfangreiche Diasporanetzwerke konnten sich nicht nur in jeder deutschen Stadt verankern, sondern auch Strukturen ausbilden, die allmählich politische und wirtschaftliche Macht angehäuft haben. Mit der Erforschung der Geschichte fünf wichtiger Diasporas, die in der Bundesrepublik besonders aktiv waren, untersucht das vorliegende Buch nicht nur, wie sich bestimmte Migrationsprozesse im Lauf der Zeit abgespielt haben, sondern umfasst auch historische Themen, die sämtliche Aspekte des politischen Lebens in Deutschland berühren.

### Um welche Gemeinschaften es geht

Im Lauf des vergangenen Jahrhunderts sind in Deutschland Dutzende von Diasporagemeinschaften entstanden, die Einfluss auf die sie umgebende Welt genommen haben. Jede dieser Diasporas hat ihre eigene Geschichte, in der sie die Politik und Kultur der deutschen Regionen, in denen sie sich angesiedelt hat, mit der Politik und Kultur ihres Herkunftslandes verbindet. Weil

sie die Verbindungen zu ihren Heimatländern auch dann noch aufrechterhielten, als eine zweite, dritte und sogar vierte Generation, die größtenteils in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, die Leitung ihres organisatorischen Lebens übernahm, sind diese Diasporainteraktionen zu einem Routineaspekt der deutschen Politik geworden. Doch auch als fester Bestandteil der politischen Debatte in Deutschland ruft die Diasporapolitik immer noch erhebliche Anfeindungen seitens deutscher gesellschaftlicher Gruppen hervor, die den wachsenden Einfluss von Migranten und ihren Nachkommen mit anhaltendem Misstrauen sehen. Das Ausmaß, in dem die Diasporapolitik heute die deutsche Gesellschaft durchdringt, zeigt sich auch daran, dass sich konkurrierende deutsche politische Milieus aktiv an den Kontroversen beteiligen, die die Diasporas in ihrem Umfeld beschäftigen.

Um zu untersuchen, wie die Diasporadynamiken die deutsche Gesellschaft verändert haben, nimmt dieses Buch fünf Gemeinschaften in den Blick, deren Kämpfe eine besonders prominente Rolle in der Politik der Bundesrepublik gespielt haben. Jede dieser Diasporas war das Produkt spezifischer Formen der Migration in entscheidenden Momenten der europäischen Geschichte und zog im Laufe der Jahrzehnte weitere Migrationswellen nach sich. Obwohl sie sich in ihrer Größe erheblich voneinander unterscheiden, waren die Konflikte, die ihre Herkunftsländer in die Krise stürzten, in jedem einzelnen Fall mit den Vermächtnissen von Diktatur und Krieg verknüpft, die die deutsche Geschichte während des Wilhelminischen Kaiserreichs des späten 19. Jahrhunderts, der Weimarer Republik, der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, der Blockkonfrontation im Kalten Krieg und den Herausforderungen der Wiedervereinigung in einer neuen Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges geprägt haben.

### *Die Türken und die Kurden*

Das erste Kapitel beschäftigt sich mit der politischen Polarisierung, die zu den tiefen Spaltungen innerhalb der türkischen und der kurdischen Diaspora geführt hat. Von anthropologischen Arbeiten zum religiösen Leben aus der Feder von Gelehrten wie Werner Schiffauer<sup>38</sup> bis zu Ayca Arkilics Studie der Rolle von Diasporagruppen in der türkischen Diplomatie<sup>39</sup> oder Aliza Marcus' Einsichten in ihren Beitrag zum Aufstieg des kurdischen Nationalismus<sup>40</sup> sind die sozialen Folgen der Migration aus der Türkei nach Deutschland seit Jahrzehnten Gegenstand der Faszination. Dieses Kapitel untersucht, wie sich die Fragmentierung nach Klassen-, Generations-, Geschlechts- und politischen Gesichtspunkten unter Türken und Kurden innerhalb der Diasporagemeinschaften in Deutschland vollzogen hat und wie die Massenmigration Interaktionen auf allen politischen Ebenen zwischen der türkischen und der deutschen Gesellschaft nach sich gezogen hat.

### *Die iranische Diaspora*

Das zweite Kapitel widmet sich der spannungsgeladenen Politik der iranischen Diaspora. Wie Quinn Slobodian festgestellt hat, spielten iranische Studierende eine Schlüsselrolle bei der Transformation und Radikalisierung der Linken im Westdeutschland der 1960er-Jahre.<sup>41</sup> In ihrer Arbeit über die Integrationspfade iranischer Gemeinschaften hat Sahar Sadeghi nützliche Einsichten darüber geliefert, wie transnationale Verbindungen zwischen Aktivisten die Interaktion iranischer Migranten mit staatlichen Institutionen in ihren Niederlassungsländern und ihre Reaktion auf Krisenmomente im Iran selbst beeinflusst haben.<sup>42</sup> Auf diesen Perspektiven aufbauend, wird das Kapitel im Detail nachzeichnen, wie die Erfahrungen der iranischen Migranten, die nach 1945 in die Bundesrepublik kamen, von einer viel längeren, bis ins 17. Jahrhundert zurückreichenden Geschichte der deutsch-irani-

schen Beziehungen zehrten und wie sie trotz ihrer relativ begrenzten Zahl eine herausragende Stellung in der Politik Deutschlands nach dem Ende des Kalten Kriegs eingenommen haben.

### *Der Nahe Osten*

Der Umgang des deutschen Staates mit Diasporagemeinschaften aus Israel und der arabischen Welt als Spiegelbild des sich im Lauf der vergangenen Jahrzehnte wandelnden Verhältnisses zwischen Deutschland und den Gesellschaften im Nahen Osten ist Thema des dritten Kapitels. Der historische Hintergrund der deutsch-arabischen Beziehungen wurde von Historikern wie Thomas Scheffler erforscht,<sup>43</sup> während Studien von Soziologen wie Khalil Rinnawi den jüngeren kulturellen Werdegang der arabischen Diasporas behandeln.<sup>44</sup> Durch den Vergleich und die Gegenüberstellung der unterschiedlichen Erfahrungen diverser arabischer Diasporamilieus in der Bundesrepublik prüft dieses Kapitel, inwieweit bestimmte soziale Strukturen und Beziehungen zu den Herkunftsstaaten spezifische Integrationspfade für jede mit Israel und der arabischen Welt verbundene Diaspora eröffnet haben.

### *Die ex-jugoslawische Diaspora*

Das vierte Kapitel behandelt die Diasporas, die aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten hervorgegangen sind. Jüngere Arbeiten von Christopher Molnar<sup>45</sup> sowie meine eigenen Recherchen für mein Buch *Fragmented Fatherland*<sup>46</sup> zeigen das Ausmaß, in dem sich die Gedächtnispolitik im Zusammenhang mit dem Erbe des Zweiten Weltkriegs auf die Entwicklung dieser Diasporas ausgewirkt hat. Wichtige Beiträge von Paul Hockenos<sup>47</sup> beleuchten den Einfluss, den Aktivisten in Diasporagemeinschaften auf die nationalistischen Bewegungen hatten, die das Auseinanderfallen Jugoslawiens anheizten. Das Hauptaugenmerk dieses Kapitels

wird darauf liegen, wie solche Bewegungen in diesen Diasporas in einem europäischen Krisenmoment ideologische Partner in der Bundesrepublik fanden und welche Spuren dies bei den nachfolgenden Generationen hinterlassen hat.

### *Die Ukrainer in der Diaspora*

Das fünfte Kapitel nimmt die Interaktion des deutschen Staats mit der ukrainischen Diaspora in den Blick, um eine allgemeinere Perspektive auf das angespannte Verhältnis zwischen Deutschen und osteuropäischen Völkern zu entwickeln. Die grundlegenden Arbeiten von Anna Holian<sup>48</sup> und Yury Boshyk<sup>49</sup> haben nachgezeichnet, wie das nationalsozialistische Regime und seine Nachfolger nach 1945 versuchten, die Kontrolle über ukrainische Vertriebene auf deutschem Boden auszuüben. Es gibt jedoch weniger Analysen dazu, wie sich die ukrainischen Diasporainstitutionen, die in den späten 1940er- und 1950er-Jahren aus dieser Erfahrung heraus entstanden, mit einer transnationalen ukrainischen Infrastruktur verbanden, die die allgemeine westliche Politik gegenüber der sowjetischen Ukraine beeinflusste und nach dem Zusammenbruch der UdSSR stark an der Entstehung eines unabhängigen ukrainischen Staates beteiligt war. Indem es die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschen und Ukrainern im Lauf des vergangenen Jahrhunderts nachvollzieht, kann dieses Kapitel auch zu einem besseren Verständnis dafür beitragen, wie diese Diaspora die gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Ukrainern in Kriegs- und Friedenszeiten beeinflusst hat.

### *Andere Diasporas in Deutschland*

Die Erforschung von Diasporas in Deutschland betrifft so viele unterschiedliche Gruppen und Erfahrungen, dass es unweigerlich Leerstellen in einer solchen Art vergleichender Einführung in das

Diasporaleben geben muss. Die im vorliegenden Buch untersuchten Gruppen sind alle eng mit anderen Aspekten meiner eigenen Forschung verbunden, die sich mit den Beziehungen zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Staaten im weiteren Umfeld der EU befasst. Mein Arbeitsschwerpunkt auf bestimmten Diasporas und Nachbarstaaten der EU bringt es mit sich, dass ich weniger mit den Erfahrungen einiger Staaten und Diasporas vertraut bin, die ebenfalls tief greifende Auswirkungen auf die Gesellschaftsordnung Deutschlands nach der Wiedervereinigung hatten.

Die vielleicht wichtigste dieser Diasporas ist die vietnamesische Gemeinschaft in Deutschland. In ihrer inneren Spaltung zwischen den südvietnamesischen Flüchtlingen, die in den späten 1970er-Jahren als sogenannte »Boat People« nach Deutschland kamen, und den überwiegend nordvietnamesischen Vertragsarbeitern, die von der DDR angeworben wurden, verfügt die vietnamesische Diaspora über ihre eigenen komplexen Spannungen sowie eine nicht zu unterschätzende Präsenz in Deutschland. Hier können die Arbeiten von Kien Nghi Ha, Uta Beth,<sup>50</sup> Frank Bösch und Phi Hong Su<sup>51</sup> als Ausgangspunkt für eine breiter angelegte Studie dazu dienen, wie die vietnamesische und andere ostasiatische Migranten-Gemeinschaften in Deutschland die Art von politischem Einfluss entwickelt haben, die dieses Buch im Zusammenhang mit anderen Diasporagruppen analysiert. In ähnlicher Weise können künftige Versuche zur Erforschung des Einflusses kamerunischer, nigerianischer, eritreischer und anderer afrikanischer Diasporas auf die Politik der Bundesrepublik gewinnbringend an die Untersuchungen von Robbie Aitken, Eve Rosenhaft,<sup>52</sup> Abdulkader Saleh Mohammad<sup>53</sup> oder Ruth Mayer anknüpfen.

Auch die spanische, die griechische und die italienische Diaspora werden im vorliegenden Buch am Rande erwähnt, aber nicht näher beleuchtet. Seit den 1980er-Jahren unterscheidet sich der rechtliche und politische Status dieser Diasporas durchaus von

den in diesem Buch beschriebenen Gruppen. Ihre Herkunftsländer gehörten bereits der Europäischen Gemeinschaft und dann der Europäischen Union an, als das Konzept einer auf der europäischen Integration basierenden gemeinsamen Staatsbürgerschaft mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam 1992 und 1996 eine konkretere rechtliche Bedeutung gewann. Zwar haben auch diese Diasporas enorme Spuren in der Kultur der Bundesrepublik hinterlassen, doch brachte es ihr Staatsbürgerstatus mit sich, dass sich ihr politisches Leben und ihre gesellschaftliche Position anders entwickelten als in jenen Gemeinschaften, die die EU-Staatsbürgerschaft erst viel später (wie die Kroaten) oder gar nicht erworben haben (wie die Türken und Ukrainer). Dementsprechend müssen sie als eine eigene politische und soziale Erfahrung separat untersucht werden.

### Der Platz der Diasporas in der deutschen Gesellschaft

Weil dieses Buch dem Einfluss zentraler Diasporagemeinschaften auf die deutsche Politik des letzten Jahrhunderts gewidmet ist, streift es andere Aspekte der Diasporaidentität und -kultur lediglich; sie sind detailliert an anderer Stelle beschrieben worden. Die Auswirkungen von Veränderungen im bundesdeutschen Asylrecht auf solche Gemeinschaften haben Historiker wie Patrice Poutrus in gründlichen Studien untersucht.<sup>54</sup> Die Machtdynamiken im Zusammenhang mit Geschlechterkonflikten in Diasporagemeinschaften, deren organisatorisches Leben oft ausgesprochen patriarchalisch geprägt ist, sind Gegenstand wichtiger Forschungsarbeiten von Anna Korteweg, Gökçe Yurdakul<sup>55</sup> und Stefanie Boulila.<sup>56</sup> Auch der zunehmende wirtschaftliche Einfluss von Diasporagemeinschaften hat bei Historikerinnen wie Dorothea Goebel, Ludger Pries<sup>57</sup> oder Barış Ülker<sup>58</sup> große Beachtung gefunden.

Jeder dieser unterschiedlichen Ansätze eröffnet wichtige Einsichten in die Erfahrung der Migration und die Herausbildung von Diasporas in der Bundesrepublik. Im Herzen der Diasporadilemmata gegenüber Herkunfts- und Niederlassungsländern stehen jedoch nach wie vor grundlegende politische Fragen der Loyalität, des Widerspruchs und der Inklusion. Denn die Frage »woher kommst du?«, mit der so viele Menschen mit Diasporahintergrund konfrontiert werden, enthält den impliziten Verdacht, dass derjenige, den man das fragen muss, auf keinen Fall »von hier kommt«, wo auch immer dieses »Hier« ist.

Das Ringen um ein Gleichgewicht zwischen einem starken Gefühl der Verbundenheit mit einem fernen Heimatland und der Notwendigkeit, einen Platz in der Gesellschaft zu finden, in der sich die eigene Familie angesiedelt hat, bringt eine Spannung ins Diasporaleben, die so frustrierend wie inspirierend sein kann. In einer bisweilen kulturell und politisch feindselig erscheinenden Umwelt besteht der Reiz des Diasporalebens darin, dass es verwandtschaftliche und organisatorische Bindungen aufrechterhält, durch die man die Herausforderung, sich in einer Welt zurechtzufinden, in der Fragen der sozialen Identität und der Loyalität zum Staat nicht selbstverständlich sind, mit anderen teilen kann, die sich in der gleichen Zwangslage befinden.

In einer Zeit, in der nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamts mehr als 22 Millionen Menschen in Deutschland im weitesten Sinne über einen Migrationshintergrund verfügen,<sup>59</sup> ist ein großer Teil der deutschen Gesellschaft mittlerweile mit den Freuden und Dilemmata der Diasporaidentität vertraut. Im Zuge der Integration von Millionen von Menschen mit Verbindungen zu Diasporagemeinschaften hat Deutschland auch deren politische Traditionen und kulturelle Praktiken in einer Weise übernommen, die das Deutschsein verändert hat. Statt eine gesellschaftliche Nische zu besetzen, steht die Diasporaerfahrung im Mittelpunkt der deutschen Politik und Kultur des 21. Jahrhun-

derts. Wenn wir besser verstehen wollen, was es heißt, deutsch zu sein, müssen wir die Diasporas verstehen, die Deutschland mit zu dem gemacht haben, was es heute ist.



*Rund 100 Demonstranten, viele von ihnen mit türkischem Hintergrund, versammeln sich am Kottbusser Tor in Berlin, um Solidarität mit dem Protest in Istanbul zu bekunden, der von der türkischen Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. (31. Mai 2013)*

# Alte Reiche und neue Eliten – die türkische und die kurdische Diaspora

Sollten Sie jemals einen Freundeskreis ruinieren wollen, schlagen Sie einfach eine Partie *Diplomacy* vor. *Diplomacy* ist ein Brettspiel mit der Karte Europas um 1890, in dem der Zufall keine Rolle spielt. Jeder Mitspieler sucht sich eine der sechs führenden Großmächte aus und notiert in jeder Runde seinen Zug auf einem Blatt Papier, bevor er bekannt gibt, welche kleinere Nation oder benachbarte Macht er angreifen wird. Was das Spiel zu einer erbitterten Zerreißprobe macht, ist der Umstand, dass man nur etwas gewinnen kann, wenn man sich mit anderen Mitspielern und Mitspielerinnen abspricht und seine vereinten Kräfte gegen einen Rivalen einsetzt. Wie in der echten Diplomatie kommt es zwischen den Runden zu Geheimtreffen, in denen sich alle Beteiligten um ihren größtmöglichen Vorteil bemühen.

Zusammen mit einem Kreis hoffnungsloser Politiknerds habe ich in der Schule einmal im Halbjahr *Diplomacy* gespielt. Einer der Mitspieler war ein deutsch-türkischer Freund aus meiner Wasserball-Jugendmannschaft, der sich stets lieber gegen eine drohende Niederlage stemmte, als einen leichten Sieg einzufahren. Wann immer er konnte, bestand er darauf, als Osmanisches Reich zu spielen, obwohl seine Position auf dem Brett am ehesten von anderen Mächten unter Druck gesetzt wurde.

Bei einer der letzten Gelegenheiten, als wir das Spiel vor dem Ende unserer gemeinsamen Schulzeit zusammen spielten, verfolgte er eine besondere Absicht. Vor jeder Runde geheimer Verhandlungen mit den Spielern und Spielerinnen, die Italien, Österreich-Ungarn und Russland gewählt hatten, taktierte er, um seine Osmanen im Spiel zu halten. Im Lauf der Zeit aber schien seine Position schwächer zu werden, während andere ihre Stärke ausbauten. Nachdem wir bestimmt schon sieben Stunden gespielt hatten, kippte die Situation zum Entsetzen aller anderen schlagartig. Als Österreich-Ungarn, Italien und Russland angriffen, stellten sie plötzlich fest, dass sie das Team der Osmanen nicht daran hindern konnten, den Balkan und Nordafrika zu erobern. Ein schockiertes Österreich-Ungarn, das, wenn es nicht gerade *Diplomacy* spielte, ein friedensbewegter Grüner war, rief aus: »Verdammt noch mal, du verlogenes Arschloch, du hast mir versprochen, dass ich den Angriff mit Unterstützung des Osmanischen Reichs führen könnte!« Worauf sich unser osmanischer Freund grinsend zurücklehnte und sagte: »Du solltest glauben, dass du der Chef bist. So gewinnen meine Leute jedes Mal.«

### Der Beginn: Das deutsch-türkische Anwerbeabkommen und die Folgen

Zu der Zeit, als mein Freundeskreis Mitte der 1990er-Jahre den Aufstieg des Osmanischen Reichs nachspielte, waren die türkische und die kurdische Gemeinschaft in weiten Teilen Deutschlands bereits stark vertreten. Für jemanden, der 1990 nach Deutschland kam, waren Türkinnen und Kurdinnen ein fast so selbstverständlicher Teil der sozialen Landschaft wie jede andere Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik auch. Bis 1989 hatten verschiedene Milieus innerhalb der türkischen und der kurdischen Gemeinschaft bereits Machtpositionen im örtlichen Geschäftsleben und

in der Lokalpolitik erlangt, auch wenn sie immer noch mit hartnäckiger Diskriminierung und einem viel größeren Maß an wirtschaftlicher Ungleichheit kämpfen mussten.

Der starke Zuzug türkischer und kurdischer Einwanderer nach der Unterzeichnung des Anwerbeabkommens zwischen der Türkei und der Bundesrepublik am 30. Oktober 1961 markierte nicht das Aufeinanderprallen getrennter Welten. Er baute vielmehr auf langjährigen Traditionen des kulturellen Austauschs auf. Die türkisch- und kurdischsprachigen Migranten und Migrantinnen, die nach 1961 in großer Zahl in die Bundesrepublik kamen, hatten kulturelle Vorstellungen und Bilder von Deutschland im Kopf, die ihre unmittelbaren Reaktionen auf das Land prägten, in dem sich viele von ihnen niederlassen würden. Als sie die Rahmenvereinbarung aushandelten, die den Arbeitskräftemangel der BRD ausgleichen und die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei voranbringen sollte, konnten die türkischen und die westdeutschen Diplomaten auf Jahrzehnte umfangreicher staatlicher Kontakte zurückblicken. Auch beeinflussten die historische Erinnerung an die Kriege gegen das frühneuzeitliche Osmanische Reich sowie spätere strategische Partnerschaften mit seinen Nachfolgestaaten die anfänglichen Reaktionen der westdeutschen Öffentlichkeit auf die türkischen und kurdischen Migranten.

Die Städte und Dörfer, aus denen die erste Generation türkischer und kurdischer Gastarbeiter stammte, waren zutiefst von Jahrzehnten wirtschaftlicher und politischer Turbulenzen beeinflusst, in denen Deutschland oft eine Rolle gespielt hatte. Die Eltern und Großeltern vieler türkischer Migranten und Migrantinnen, die sich in den 1960er-Jahren für den Zuzug in den deutschen Arbeitsmarkt entschieden, waren durch die Erfahrung großflächiger Bevölkerungsvertreibungen während der Balkankriege, des Ersten Weltkriegs und der anschließenden Unabhängigkeitskriege geprägt worden. In den 1920er-Jahren mussten Dörfer in ganz Anatolien eine große Zahl muslimischer Flücht-

linge vom Balkan aufnehmen, die oft wiederum Griechen und Armenier ersetzen, deren Vertreibung oder Ermordung durch die Machthaber des in sich zusammenbrechenden spätosmanischen Regimes in die Wege geleitet worden war. In ihren ersten Jahrzehnten erlebte die postosmanische Türkische Republik einen verwirrenden sozialen Wandel, als Atatürks Modernisierungsprojekte einen radikalen Umbau der kulturellen Normen und der Wirtschaftsproduktion erzwangen.

Die Kindheit und Jugend der ersten Gastarbeitergeneration stand unter dem Eindruck weiterer Brüche in den 1940er- und 1950er-Jahren. Die nach 1946 einsetzende Demokratisierung der Türkei ermöglichte den Aufstieg von Adnan Menderes und seiner Demokratischen Partei (DP) in eine überwältigende Machtposition. Unter Menderes' Regierung wurden die Industrialisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft mit Krediten aus den USA und der BRD unterstützt, die der Ministerpräsident auch für Infrastrukturprojekte zur Verbesserung des Transport- und Kommunikationswesens im ländlichen Raum nutzte. Diese Entwicklungen beschleunigten die Binnenmigration innerhalb des Landes und schufen damit ein Reservoir mobiler Arbeitskräfte, das ab den späten 1950er-Jahren die Grundlage für die Gastarbeitergemeinschaften in Westeuropa bilden sollte. Die ökonomischen Verwerfungen, die ein so plötzlicher Wandel in der ganzen Türkei auslöste, schürten auch die ideologischen Spannungen zwischen der Parteimaschine der DP und der alten kemalistischen Führungsschicht. Dieser Machtkampf zwischen der neuen und der alten Elite gipfelte 1960 in einem Militärputsch und im September 1961 schließlich in Menderes' Hinrichtung, nur einen Monat, bevor das Gastarbeiterabkommen unterzeichnet wurde. Im Schatten dieser Erfahrung des gesellschaftlichen Umbruchs und der politischen Erschütterungen kamen die ersten türkischen Migranten und Migrantinnen in die Bundesrepublik.<sup>1</sup>

## Die historischen Wurzeln

Wann immer man glaubt, man habe einen Ausgangspunkt für diese Wanderbewegung von Menschen zwischen der deutschsprachigen Welt und den Territorien, die heute die Türkische Republik ausmachen, bestimmt, findet sich stets ein Ereignis, ein Zusammenhang oder eine Geschichte, die einen zwingen, noch weiter in die Vergangenheit zurückzugehen. Die von der Habsburger-Dynastie dominierten deutschen und italienischen Territorien bildeten nach 1380 keine geschlossenen Kulturräume, sondern standen in beständigem Austausch mit dem aufsteigenden Osmanischen Reich. Auf dem Höhepunkt seiner Macht führte die enge Nachbarschaft des Osmanischen Reichs mit der deutschsprachigen Welt nicht nur zu verheerenden Kriegen, sondern auch zu Handel und kulturellem Austausch, die auf einem permanenten Kreislauf von Menschen beruhten.<sup>2</sup>

Die Niederlagen der Osmanen nach ihrer zweiten Belagerung Wiens 1683 verdrängten sie aus den Machtzentren des Heiligen Römischen Reichs auf den Balkan, dessen Grenzen im Frieden von Karlowitz 1699 neu gezogen wurden. Doch die Händler, Diplomaten, Künstler und Söldner, die diese Grenzen regelmäßig überquerten, hielten die Verbindungen zwischen beiden Gesellschaften aufrecht. Abenteurer wie Osman Ağa aus Timișoara, der seine Eskapaden als Soldat, Gefangener und Diplomat zwischen Wien und Istanbul in seiner Autobiografie unterhaltsam schilderte, waren eine typische Begleiterscheinung des Lebens an den Grenzen zwischen zwei Weltreichen.<sup>3</sup>

Solche Kontakte zwischen der osmanischen und der deutschsprachigen Welt entwickelten sich parallel zur Ausbildung jener nationalen Identitäten, die die europäischen Gesellschaften im frühen 21. Jahrhundert immer noch bestimmen. Der Zerfall der religiösen und politischen Einheit des Heiligen Römischen Reichs, der sich über Jahrhunderte erstreckte und 1806 in dessen

Auflösung durch Napoleon gipfelte, verlief parallel zu Versuchen, den osmanischen Staat zu reformieren. Die ideologischen Debatten über Nation und Identität, die die Einigung Deutschlands unter preußischer Herrschaft nach 1866 vorwegnahmen, wurden von den osmanischen Intellektuellen aufmerksam verfolgt.

Nachdem die Bemühungen, eine gemeinsame osmanische Identität zu propagieren, nicht recht verfangen wollten, nahmen sich die politischen Gruppierungen in Anatolien und auf dem Balkan, die den Staat auf ethnisch-türkischer Grundlage zu verankern gedachten, die militärischen Erfolge von Bismarcks Deutschland zum Vorbild. Bei Intellektuellen wie Basîretçi Ali Efendi, Ahmed Midhat und Sadullah Pascha hinterließ der Aufenthalt im Deutschland des späten 19. Jahrhunderts einen tiefen Eindruck, der bei den osmanischen Eliten eine Faszination für die deutsche Gesellschaft auslöste.<sup>4</sup> Bereits in den 1830er-Jahren förderten preußische Missionen zur Stärkung der osmanischen Armee, mit denen die Laufbahn Helmuth von Moltkes begann, solche engeren Verbindungen. Aufbauend auf diesen Beziehungen, konzentrierten sich Deutschlands Bemühungen zur Stärkung seiner globalen Position auf Eisenbahnprojekte und Militärhilfen mit dem Ziel, seinen Einfluss auf die osmanische Gesellschaft zu festigen. Die Entscheidung der militärischen Fraktion der »Jungtürken«, die 1909 unter der Führung von Enver Pascha die Macht ergriff, sich zu Beginn des Ersten Weltkriegs mit Deutschland zu verbünden, markierte den Höhepunkt einer jahrzehntelangen strategischen Partnerschaft. Die vom Deutschen Kaiserreich zur Unterstützung der osmanischen Kriegsanstrengungen bereitgestellten Ressourcen brachten deutsche Soldaten und Offiziere ins Zentrum der osmanischen Feldzüge sowie in unmittelbare Nähe zu den sozialen Unruhen und Gräueltaten, von denen die Gesellschaften auf dem Balkan, in Anatolien und in der Levante im Lauf des Krieges überrollt wurden.

Trotz der im Ersten Weltkrieg und im anschließenden türki-

schen Unabhängigkeitskrieg erfahrenen Verheerungen blieben die Verbindungen zu Deutschland auch dann stark, als eine neue Führung unter Kemal Atatürk den Aufbau eines türkischen Nationalstaats vorantrieb. Die von osmanischen Heeren im Ersten Weltkrieg an der armenischen Bevölkerung verübten Gräueltaten hinderten die Weimarer Republik nicht daran, engere Beziehungen zu knüpfen. Im Zuge von Atatürks Projekt der Nationenbildung wurden Minderheiten, darunter die kurdische Bevölkerung im Südosten, unter enormen Druck gesetzt, sich an eine gemeinsame Identität zu assimilieren – ein Vorgehen, das ein bitteres Erbe für künftige Generationen hinterließ.

Der neue Staat weitete den Zugang zur universitären Bildung und Berufsausbildung mit Nachdruck aus, um sein Nationenbildungsprojekt zu verankern. In seinem Bemühen um die Qualifikation türkischen Personals für Schulen, Hochschulen und Ausbildungsprogramme unterstützte er auch weiterhin Türken, die in Deutschland studierten. Zudem warben türkische Universitäten deutsche Akademiker an, um mit ihrer Hilfe den türkischen Staat im Sinne des von der neuen Republikführung vorangetriebenen Modernisierungsprojekts zu reformieren. Diese Kontakte blieben auch nach 1933 bestehen, obwohl die Demokratie in Deutschland zusammenbrach und Atatürk sich um die Unterdrückung der inneren Opposition bemühte. Dadurch geriet der türkische Staat in die schwierige Lage, die Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Regime zu suchen und gleichzeitig Exilanten zu rekrutieren, die vor dessen Brutalität flohen.<sup>5</sup>

Nach Atatürks Tod 1938 versuchte die regierende Republikanische Volkspartei (CHP) unter Präsident İsmet İnönü, die türkische Neutralität im Zweiten Weltkrieg zu wahren, während sie gleichzeitig um die Aufrechterhaltung eines Einparteienstaats im eigenen Land kämpfte. Die türkische Gesellschaft aber konnte sich den Verwüstungen, die das nationalsozialistische Regime angerichtet hatte, der Ausbreitung des sowjetischen Kommunismus

und der plötzlichen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten im Mittelmeerraum nicht entziehen.<sup>6</sup> Die Aufgabe der Neutralität mit dem Beitritt der Türkei zum NATO-Bündnis aus Furcht vor einer sowjetischen Aggression versetzte eine wirtschaftlich immer noch unterentwickelte Gesellschaft in ein von den USA angeführtes Sicherheitssystem, in dem die Bundesrepublik eine zentrale Rolle spielte. Innenpolitisch beendete die Machtübernahme der Demokratischen Partei (DP) unter Adnan Menderes nach der vernichtenden Wahlniederlage der CHP im Mai 1950 die Ära der Einparteienherrschaft und öffnete den Raum für größere politische und kulturelle Freiheiten. Gegen Ende der 1950er-Jahre wurde die Mitgliedschaft in einem gemeinsamen westlichen Bündnissystem zur Grundlage für starke wirtschaftliche und politische Verbindungen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik.

Der soziale Werdegang der türkischen und kurdischen Einwanderer und Einwanderinnen in der Bundesrepublik blieb von diesen sich überschneidenden historischen Zeitrahmen nicht unberührt. Die lange Geschichte des Zusammenspiels zwischen der deutschsprachigen Welt und dem Osmanischen Reich bildete die Quelle kultureller Narrative, die lange nach dem Frieden von Karlowitz den Blick der Eliten und der breiten Bevölkerung aufeinander beeinflussten. Die Wechselwirkungen zwischen den Staatsbildungsprojekten in der deutschen und der osmanischen Welt schufen ein gemeinsames historisches Gedächtnis, das die Zusammenarbeit von Institutionen und politischen Entscheidungsträgern bis in die Zeit des Kalten Krieges prägte. Die Städte und Dörfer, in denen die Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen aufwuchsen, waren überschattet von der Erinnerung an die Schrecken des Ersten Weltkriegs und den anschließenden Bemühungen zur Errichtung von Atatürks neuer Gesellschaftsordnung. Die unmittelbare Lebenserfahrung noch des jüngsten Gastarbeiters in den 1960er-Jahren umfasste den rasanten sozialen Wandel im Zusammenhang mit dem Aufstieg der DP, gefolgt von einer extre-